

WdA im November

Es kommt ganz auf den Blickwinkel an, ob positiv oder negativ gesehen wird, dass die Bundesrepublik Deutschland, neben Österreich, der Schweiz und Japan, weltweit eines der streikärmsten Länder ist. Streiks, so verbreitet sie in der Weimarer Republik sogar gegen Verbote waren, sind bei uns heutzutage die Ausnahme von der Regel. Und die streikenden Lokführer kündigen bislang brav an, wann und wie kurz sie die Räder still stehen lassen. Wie anders ist die Streikkultur in Frankreich! Da stehen alle Räder wegen einer bevorstehenden Rentenreform still. Und die Studenten ziehen gleich mit, machen Sit-ins auf Gleisanlagen und blockieren Bahnhöfe. Sie denken zwar noch nicht an ihre Rente; sie kämpfen gegen die schleichende Privatisierung ihrer Universitäten. Wann gehen bei uns Menschen auf die Straße, um gegen soziale und wirtschaftliche Zumutungen zu kämpfen, die sie selbst immer stärker, florierende Konzerne aber immer weniger belasten?! Es gibt, wie auch diese *WdA* wieder zeigt, viele gute Gründe für Massenprotest.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Solidarität mit den Lokführern!

Seite 2

Was kann man der SPD noch glauben?

Seite 3

Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik

Seite 4

Kein Mindestlohn für Briefzusteller?, Kapitalismus pur

Seite 5

Blick zurück: Otto Brenner, „Arbeit ist der wichtigste Faktor“

Seite 6

„Neuer Aufbruch“

Seite 7

Zug der Erinnerung, Soziale Demagogie von NPD und Neonazis

Seite 8

Zwangsverrentung durch Agenda 2010, Steuergeschenke für Heuschrecken

Seite 9

Da capo : Georg Schramm, Filmtipp: Von Löwen und Lämmern, Impressum

Solidarität mit den Lokführern!

Der Streik der Lokführer ist berechtigt! Ihr Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen erfordert bekennende Solidarität und konkrete Unterstützung durch alle Gewerkschaften, und zwar ohne Wenn und Aber! Der Streit um Einheitsgewerkschaft und Zuständigkeiten darf nicht auf dem Rücken der streikenden Lokomotivführer ausgetragen werden, zumal 80 Prozent von ihnen und 60 Prozent des Fahrpersonals bei der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) – eine der ältesten deutschen Gewerkschaften – organisiert sind.

Die Berichterstattung über den Arbeitskampf und die Argumente gegen die Streikaktionen aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften, diskriminieren die Streikenden und das Streikrecht. Sie dienen nur den Kapitalinteressen. Die politisch erwünschte Tarifeinheit in den Betrieben hat es bislang im Prinzip nie gegeben. Zum Beispiel hat die ehemalige Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) in fast allen Branchen eigenständige Tarifverträge abgeschlossen, und zwar in Konkurrenz zu den DGB-Gewerkschaften. Außerdem gab es immer wieder berufsständische Organisationen, die tarifliche Regelungen vereinbart haben. Die nun geforderte Tarifeinheit ist nichts anderes als ein schwerwiegender Eingriff in die verfassungsrechtlich geschützte Koalitionsfreiheit.

Politiker, Journalisten und Konzernbosse machen sich Sorgen, weil der Streik der Wirtschaft schade und „den Aufschwung gefährde“. Nach vorsichtigen Berechnungen von Experten kostet ein Streik im Güterverkehr in wenigen Tagen mehr als die geforderte Gehaltserhöhung für alle 20.800 in der GDL organisierten Lokführer und Zugbegleiter in einem ganzen Jahr. Für den Bahnvorstand scheint das jedoch noch lange kein Grund zu sein, über den geforderten Tarifvertrag zu verhandeln. Unterstützung bekommt er in seiner Haltung vom Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck; der hat die Bahn nämlich zu Härte im Tarifstreit mit den Lokomotivführern aufgerufen. Er stehe klar auf der Seite von Bahnchef Hartmut Mehdorn, sagte er der *Bild am Sonntag*. „Auch die Lokführergewerkschaft hat Verantwortung gegenüber der deutschen Wirtschaft.“ Ähnlich hatte sich zuvor schon der SPD-Vorsitzende Kurt Beck geäußert. Beide Politiker stehen an der Seite mit den Verursachern des Streiks!

Die Weigerung des Vorstands der Bahn AG, konstruktive Verhandlungen mit dem ernstesten Willen zur Einigung aufzunehmen, hat zur Eskalation der Tarifauseinandersetzung geführt. Bahnvorstand Mehdorn hofft ganz ohne Zweifel, dass die Lokführergewerkschaft diesen Arbeitskampf nicht durchhält und am Ende daran zugrunde geht. Und er nennt die Forderungen der GDL maßlos. Dabei hätte er allen Grund, sich an die eigene Nase zu fassen. Allein 2006 stiegen die Gesamtbezüge der acht Vorstandsmitglieder der Bahn AG um 77 Prozent von 9,4 auf 16,7 Millionen Euro. Seit 2001 kletterten die Einkommen der Bahnchefs um sage und schreibe 255 Prozent, so die *Münchner Abendzeitung*.

In der Bevölkerung ist die Sympathie für die streikenden Lokführer in den vergangenen Wochen gestiegen. Von den Befragten des ZDF-Politbarometers (9.11.2007) halten 57 Prozent den Streik der Lokführer für gerechtfertigt – zwölf Prozent mehr als im Oktober. Die Notwendigkeit des Kampfes ist im Volk angekommen.

Franz Kersjes

Was kann man der SPD noch glauben?

Die SPD erlebt zurzeit ihre tiefste Krise – dank der Agenda-Politik von Gerhard Schröder und Franz Müntefering. In deren so genannter Reformpolitik kennt kaum ein Sozialdemokrat seine Partei wieder. Deshalb müht sich vor allem Parteivorsitzender Kurt Beck, zu sozialdemokratischen Prinzipien zurückzufinden. Aber die demonstrative Geschlossenheit der Delegierten des jüngsten Parteitags in Hamburg kann nicht darüber hinweg täuschen, dass die SPD eine gespaltene Partei ist. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die an der Agenda-Politik uneingeschränkt festhalten; diese Gruppe ist in der Bundestagsfraktion stark vertreten, befindet sich aber in der Partei in der Minderheit. Auf der anderen Seite gibt es viele Funktionäre, die Korrekturen besonders in der Sozialpolitik verlangen. Doch dieser Dissens sollte auf dem Parteitag verschleiert werden, damit – frei nach dem Motto des Mainzer Karnevals: Allen Wohl und niemand Wehe – keiner in der Führungsriege beschädigt erscheint.

Dramatischer Vertrauensverlust

Zahlen belegen anschaulich diesen dramatischen Vertrauensverlust: „Zur Bundestagswahl 1998 haben rund 20 Millionen Wahlberechtigte SPD gewählt, 2005 waren es immerhin noch ungefähr 16 Millionen, jetzt stehen aktuell noch etwa 11 Millionen Wählerinnen und Wähler hinter der SPD. Da ist eine Riesenlücke entstanden“, sagte Manfred Güllner, Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa, in einem Zeitungsinterview. In den Umfragen liegt die SPD bundesweit konstant unter 30 Prozent; in einzelnen Ländern hat sie mit Wahlergebnissen unter 20 Prozent den Charakter einer Volkspartei verloren.

Zu dieser Entwicklung ist es wesentlich durch die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze gekommen. Die Rechte aus den sozialen Sicherungssystemen wurden drastisch reduziert. Damit wird das Soziale nicht abgeschafft, sondern in den Dienst des Marktes gestellt und nach den Prinzipien des Marktes gelenkt. Die politischen Entscheidungen, die den Wünschen der Unternehmerverbände entsprachen, sollen nun plötzlich dazu dienen, den Sozialstaat zu erhalten. Aber für viele Menschen hat diese Politik katastrophale Folgen. Die Zahl der Hartz-IV-Abhängigen ist inzwischen auf 7,4 Millionen Menschen gestiegen. Zu ihnen gehören immer mehr Jugendliche; ihre Arbeitslosigkeit wächst und liegt jetzt über dem Durchschnitt der Gesamtarbeitslosigkeit. Zudem arbeitet in Westdeutschland mittlerweile ein Viertel der Beschäftigten zu Löhnen, die weniger als 75 Prozent des Durchschnittseinkommens ausmachen; in Ostdeutschland sind es bereits 60 Prozent der Arbeitnehmer. Außerdem steigen Kinder- und die Altersarmut.

Eine gespaltene Partei

Die Konflikte in der Partei wurden und werden unterdrückt. So wurde der Antrag des Parteivorsitzenden Kurt Beck für eine längere Auszahlung des Arbeitslosengeldes I an Ältere – ein Thema, das vier Wochen lang die innenpolitische Debatte bestimmt hatte – ohne Aussprache (!) mal eben beschlossen. Hauptsache: die SPD wirkt geschlossen. Franz Müntefering sollte keinen Schaden nehmen.

Die Entscheidungen der Delegierten des Parteitages führen zu keinem grundlegenden Politikwechsel der SPD sowie zu keiner Revision der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze. Nicht nur der Vorsitzende Beck fand große Unterstützung, auch Franz Müntefering wurde bejubelt für seine rhetorisch starke Rede. Den größten Applaus erhielt er für seine erneute Ankündigung, die Höhe der Managergehälter zu begrenzen – obwohl dies doch längst hätte geschehen können.

Ein Beispiel für die Verschleierung innerparteilicher Konflikte: Die Mehrheit der Parteitagsdelegierten votierte gegen die Privatisierung der Bahn, also gegen die Parteiführung. Die Folge war ein fauler Kompromiss: Anteile der Bahn AG sollen als stimmrechtslose Vorzugsaktien an die Börse gebracht werden, damit „private Investoren keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik“ haben. Finanzminister Peer Steinbrück hatte dieses Modell stets für untauglich erklärt. Trotzdem wurde er zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt und soll nun als Finanzminister den Beschluss gegen die eigene Überzeugung im Kabinett vertreten.

Folglich ist nicht zu erwarten, dass sich die Führungsriege der SPD konsequent für wichtige Beschlüsse ihrer Partei einsetzen wird. Unfassbar ist zudem, dass die Delegierten nicht nur Minister Steinbrück, sondern auch Minister Steinmeier zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt haben. Sie werden, ganz im Sinn von Ex-Kanzler Schröder, die Agenda-Politik fortsetzen. Von einem „Linksruck“ der SPD kann keine Rede sein!

Franz Kersjes

Konferenz zum 110. Geburtstag von Viktor Agartz

13. Dezember 2007

10 bis 17 Uhr in Remscheid,
Deutsches Werkzeugmuseum

Programm:

Einleitung

Guntram Schneider, DGB NRW

[Viktor Agartz – seine Rolle und Bedeutung als Wissenschaftler, Gewerkschafter und Politiker](#)

Christoph Jünke (Bochum)

[Gelenkte Wirtschaft und Wirtschaftsdemokratie – Die Vorstellungen von Viktor Agartz für die Neuordnung der Wirtschaft](#)

Michael Krätke (Universität Amsterdam)

[Aktive Lohnpolitik – Viktor Agartz und die gewerkschaftliche Lohnpolitik in den 1950er und 1960er Jahren](#)

Herbert Ehrenberg (Minister a.D.)

[Viktor Agartz und die Perspektiven einer gesamtwirtschaftlich orientierten Lohnpolitik aus heutiger Sicht](#)

Reinhard Bispinck / Thorsten Schulte

[Podiumsdiskussion: Wirtschafts- und Lohnpolitik heute – Kann Viktor Agartz dazu beitragen?](#)

Herbert Ehrenberg, Gustav Horn, Sabine Reiner, Hans-Jürgen Urban

Veranstalter:

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung, Nordrhein-Westfalen

Anmeldungen:

<mailto:post@rls-nrw.de> oder
<mailto:andrea-heckenbach@boeckler.de>

Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik

Der am 15. November 1897 in Remscheid geborene Viktor Agartz gehörte in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu den wichtigsten und einflussreichsten Persönlichkeiten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. In den Jahren nach 1945 hat Agartz mehrere politische Ämter bekleidet und als sozialdemokratischer Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag, Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft in der britischen Zone und späterer Leiter des Bizonen-Wirtschaftsamtes die Wirtschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland mitgeprägt. Von 1948 bis 1955 war Agartz Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, dessen Gründung er zusammen mit Hans Böckler schon 1946 betrieben hatte.

Mit minutenlangen Ovationen überschütteten die Delegierten des 3. Ordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 8. Oktober 1954 Viktor Agartz am Ende seiner Rede. Die DGB-Zeitschrift *Die Quelle* berichtete in einer Sondernummer unter der Überschrift „Das System der kapitalistischen Marktwirtschaft am Pranger“ unter anderem: „Außerordentlichen Beifall erhielt Kollege Dr. Agartz für sein etwa dreistündiges Referat über ‚Wirtschafts- und Steuerpolitik – Grundsätze und Programm des DGB‘. Die scharf herausgearbeiteten und mit Beweismaterial angefüllten Ausführungen von Agartz waren der allgemein anerkannte Höhepunkt des Frankfurter Kongresses.“

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der antikommunistischen Grundstimmung der Adenauer-Periode wurde Agartz' Karriere schließlich Mitte der 1950er Jahre abrupt beendet. 1957 wurde er aufgrund von Kontakten zur DDR wegen „Landesverrat“ angeklagt und galt trotz seines Freispruchs fortan für lange Zeit auch innerhalb der Gewerkschaften als „persona non grata“. Viktor Agartz starb am 9. Dezember 1964.

Es sind vor allem zwei inhaltliche Bereiche, in denen sich Agartz auch als konzeptioneller Denker profilierte und die ihm zeitweilig den Titel „Cheftheoretiker des DGB“ einbrachten. Zum einen hat Agartz mit seinen Vorstellungen über Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie und Neuordnung der deutschen Wirtschaft maßgeblich die Programmatik von SPD und DGB nach 1945 beeinflusst, wie sie zum Beispiel im ersten Grundsatzprogramm des DGB von 1949 ausformuliert wurde. Darüber hinaus hat Agartz mit seinen Überlegungen für eine „expansive Lohnpolitik“ ein anspruchsvolles lohnpolitisches Konzept entwickelt, das über lange Zeit hinweg die gewerkschaftlichen Debatten geprägt hat.

Anlässlich des 110. Geburtstags von Viktor Agartz soll im Rahmen der gemeinsam vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW organisierten Tagung seine historische Bedeutung gewürdigt werden. Darüber hinaus soll der Frage nachgegangen werden, ob die lohn- und wirtschaftspolitischen Überlegungen von Agartz heute noch Relevanz haben können.

Kein Mindestlohn für Briefzusteller?

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Arbeitgeberverband Postdienste e.V. haben am 11.9.2007 einen Tarifvertrag über Mindestlöhne für Briefzusteller/innen unterzeichnet, „um Wettbewerbsverzerrungen infolge Lohndumpings in dieser Branche und sozialen Verwerfungen entgegen zu treten“. Der Tarifvertrag soll für alle Betriebe gelten, „die gewerbs- oder geschäftsmäßig Briefsendungen für Dritte befördern, unabhängig vom Anteil dieser Tätigkeit an der Gesamttätigkeit des Betriebs“. Die Tarifvertragsparteien haben sich verpflichtet, „unverzüglich nach Abschluss des Tarifvertrages gemeinsam die nach dem Tarifvertragsgesetz und Arbeitnehmer-Entsendegesetz erforderlichen Anträge zur Allgemeinverbindlicherklärung dieses Tarifvertrages zu stellen“. Wer ausschließlich (!) Zeitungen und Zeitschriften austrägt, ist in den Mindestlohn-Tarifvertrag nicht einbezogen. Dasselbe gilt für Betriebe, die nur als Kurierdienste tätig sind.

Kaum war der Mindestlohn-Tarifvertrag abgeschlossen, sind die Gegner eines Mindestlohnes für die Briefdienstbranche bereits in Stellung gegangen. Sie reden vom staatlichen Tarifiediktat, von Monopollöhnen und vom Tarifchaos. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt erklärte, der Tarifvertrag dürfe nicht Grundlage für einen branchenweiten Mindestlohn werden, denn dieser Vertrag habe offenkundig „den Zweck, die Wettbewerber an einen höheren Lohn zu binden“. Die neuen Postunternehmen TNT und Pin Group AG behaupten, von den Tarifverhandlungen ausgeschlossen worden zu sein. Tatsache ist aber, dass beide Unternehmen die Möglichkeit hatten, Mitglieder im Arbeitgeberverband Postdienste e.V. zu werden und dadurch Einfluss auf das Verhandlungsergebnis zu nehmen.

Lobbypartei CDU

Die Bundesregierung hat am 19. September 2007 einstimmig (!) einen Gesetzentwurf zur Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes um Tarifverträge für Briefdienstleistungen beschlossen. Bundestag und Bundesrat müssen diesem Entwurf noch zustimmen. Nun blockiert die CDU/CSU mit immer neuen, fadenscheinigen, also leicht durchschaubaren Argumenten die Umsetzung des Beschlusses. Offensichtlich beugt sich die Union den wirtschaftlichen Interessen der Zeitungsverleger. Keinesfalls muss ein Tarifvertrag mindestens die Hälfte der Beschäftigten erfassen, damit sein Mindestlohn mit Hilfe des Entsendegesetzes für alle Arbeitnehmer verbindlich vorgeschrieben werden kann. Zu diesem Ergebnis kommt die Tarifabteilung des DGB in einer juristischen Prüfung. Die Zahlenspiele der Gegner eines Mindestlohn-Tarifvertrages sind nur der Versuch, den vorliegenden Tarifvertrag für die Postdienste zu beerdigen.

Sollte es in letzter Minute keine Verständigung zwischen den Regierungsparteien geben, droht die Kündigung des Tarifvertrages. In Paragraph 6 des Vertrags wurde vereinbart: „Für den Fall, dass der Allgemeinverbindlichkeit nach dem Tarifvertragsgesetz und Arbeitnehmer-Entsendegesetz nicht bis zum 31.12.2007 entsprochen wird, besteht für die Tarifvertragsparteien ein Sonderkündigungsrecht. In diesem Fall kann abweichend von Absatz 2 mit einer Frist von einer Woche zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden; dabei ist die Nachwirkung ausgeschlossen.“

Franz Kersjes

Kapitalismus pur

Nettovermögen: Rund zwei Drittel der Deutschen verfügen über kein nennenswertes oder nur sehr geringes Vermögen. Die reichsten zehn Prozent des Volkes besitzen dagegen nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die auf Zahlen aus dem Jahr 2002 basiert, 59 Prozent des gesamten Volksvermögens. Insgesamt wurden Werte von 5,4 Billionen Euro angehäuft.

Überstunden: Die abhängig Beschäftigten werden zu immer mehr Überstunden gezwungen. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung werden es in diesem Jahr 1.474 Milliarden bezahlte Überstunden sein – 334 Millionen mehr als 2006. Viele Überstunden werden nicht bezahlt. Rechnet man sie hinzu, dürfte die Zahl der tatsächlich geleisteten Überstunden doppelt so hoch sein wie in der Statistik ausgewiesen.

Insolvenzen: Fast alle Firmenpleiten sind nach Ansicht von Insolvenzverwaltern die Folge von Managementfehlern. In den meisten Fällen fehlt es an einer soliden Finanzplanung. Im ersten Halbjahr 2007 haben die Amtsgerichte 14.515 Unternehmensinsolvenzen gemeldet.

Die nächste Ausgabe der
Welt der Arbeit
erscheint am
16. Januar 2008.

Allen Leserinnen und Lesern
angenehme Feiertage und
alles Gute im neuen Jahr!

Blick zurück: Otto Brenner

„Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie hat menschlichen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Zwecken zu dienen.“ Dieser Schlüsselsatz Otto Brenners mag im Zeitalter der globalen Standortkonkurrenz zunächst anachronistisch wirken. Doch der „eiserne Otto“ - so die zeitgenössische, respektvolle Bezeichnung des langjährigen IG Metall-Vorsitzenden - meinte es ernst damit. Gefürchtet als harter, aber kompromissfähiger Verhandlungsführer, forderte Brenner nicht nur Parität zwischen den Tarifparteien, sondern auch einen gerechten (Lohn-) Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtum.

Geboren am 8. November 1907 in Hannover, geprägt durch Krieg und soziales Elend in der Weimarer Republik, wusste Brenner, wovon er sprach, wenn er die Bedürfnisse der Menschen und die sozialen Verhältnisse in den Mittelpunkt seiner gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten stellte. Schon als Heranwachsender engagierte er sich in der Arbeiterbewegung, darunter im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), in der SPD und später in der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD).

Früh erkannte Brenner, dass die gewerkschaftliche Entwicklung eng verknüpft ist mit der Entwicklung von Wirtschaft und Politik. Er war überzeugt davon, dass die Demokratie Voraussetzung für gewerkschaftliches Handeln ist und dass wirtschaftliches Handeln demokratischer Kontrolle bedarf. Doch die Realität war: Börsenkrach 1929, mehr als sechs Millionen Arbeitslose, die schleichende Entmachtung des Reichstages, der Aufstieg der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP), deren „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933. Als einer der Organisatoren des Widerstandes im Bezirk Hannover-Braunschweig wurde Brenner wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren Gefängnishaft verurteilt. Danach stand er bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges unter Polizeiaufsicht.

In der Nachkriegszeit engagierte sich Otto Brenner bei der Neugründung der deutschen Gewerkschaften. In wenigen Jahren stieg er zum alleinigen Vorsitzenden der IG Metall auf. (Von 1952 bis 1956 war er, gemeinsam mit Hans Brümmer, 1. Vorsitzender). In seiner langen Amtszeit (1956-1972) konzentrierte sich Brenner auf den Ausbau der Mitbestimmung, auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitszeitverkürzung, expansive Lohnpolitik, mehr Urlaub und auf die Humanisierung der Arbeit. Er beteiligte sich auch an den politischen Debatten in der Bundesrepublik, darunter am Kampf gegen die Atombewaffnung und gegen die Notstandsgesetze. Und er professionalisierte die hauptamtliche Gewerkschaftsarbeit. In der Ära Brenner wurde die IG Metall zur größten demokratischen Einzelgewerkschaft der Welt. 1961 wurde er Vorsitzender des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB). Bescheidenheit und Besonnenheit, Vision und Pragmatismus kennzeichneten sein Handeln. Nach seinem Tod am 15. April 1972 hinterließ er eine starke, kampfbereite Gewerkschaft. Die IG Metall ehrt Otto Brenner aus Anlass seines 100. Geburtstages auf ihrer Jahrestagung am 5./6. Dezember in Hannover.

<http://www.otto-brenner-stiftung.de>

„Arbeit ist der wichtigste Produktionsfaktor“

„Um die Demokratie zu sichern, haben wir auch nach 1945 die Demokratisierung der Wirtschaft verlangt. Die Gewerkschaften forderten in allen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung paritätische Mitbestimmung. Wir gingen aus von dem Grundsatz, dass der Mensch im Mittelpunkt allen wirtschaftlichen und politischen Geschehens zu stehen hat. Die menschliche Gemeinschaft lebt in erster Linie nur durch die Arbeit. Die menschliche Arbeit ist aber auch der wichtigste Produktionsfaktor, und deshalb muss dem arbeitenden Menschen der Platz in der Gesellschaft eingeräumt werden, der ihm zukommt.“

.....

Wir müssen einander vertrauen und einsehen, dass zur Verbesserung der materiellen Existenz Idealismus und Begeisterung bei dem Einsatz für das große Ziel bitter notwendig sind. Wie die Kolleginnen und Kollegen, die in den früheren Jahrzehnten für ihre Gewerkschaften aus dem Glauben an eine bessere Zukunft für die Arbeitnehmerschaft eingetreten sind, so müssen auch in unserer Zeit, in der so manches schon erreicht wurde, was damals angestrebt wurde, Idealismus und Vertrauen die Mitglieder unserer Organisation zu einem solidarischen Block zusammenschweißen. Jeder neue Tag wirft neue Fragen auf. Jede Veränderung des Produktionsprozesses in einer Industrie stellt neue Probleme im sozialen und menschlichen Bereich des Arbeitnehmers. Der innere Kern bleibt immer der gleiche.“

Zitate aus einer Rede Otto Brenners anlässlich der Zehnjahresfeier des DGB-Landesbezirks NRW am 4.12.1955 in Düsseldorf

„Wir brauchen einen neuen Aufbruch“

Auf dem 21. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall (4.-11. November) diskutierten im Leipziger Messegelände 501 Delegierte über 500 Anträge. Jeder fünfte dieser Anträge befasste sich mit der IG Metall; allein zur Satzung wurden 48 Änderungsvorschläge eingereicht. Außerdem standen Vorstandswahlen auf der umfangreichen Tagesordnung. Neuer Vorsitzender ist Berthold Huber; er erhielt 92,59 Prozent der abgegebenen Stimmen. Für Detlef Wetzel als Stellvertreter stimmten 87,37 Prozent der Delegierten.

Mitgliederzuwachs im Mittelpunkt

Berthold Huber sieht die aktive Beteiligung der Mitglieder im Zentrum der Politik seiner Gewerkschaft für die kommenden Jahre. „Wir wollen Tarifpolitik, Betriebspolitik und Gesellschaftspolitik erfolgreich gestalten, aber die entscheidende, die überragende Frage ist die Mitgliederfrage“, erklärte er in seinem Zukunftsreferat. „Ob wir unsere Ziele erreichen, hängt einzig und allein von der Kraft ab, die wir selbst entwickeln.“ Dazu sei eine „Revolution in unseren Köpfen“ notwendig. Jeder Schritt und jede politische Initiative müsse von der Frage geleitet sein, ob sie Mitglieder bringt und die IG Metall vor Ort stärkt.

In der Betriebs- und Tarifpolitik muss die IG Metall nach Auffassung des neuen Vorsitzenden auf die konkreten Arbeitssituationen und Bedürfnisse der Beschäftigten eingehen. „Wir müssen die unterschiedlichen Anforderungen unserer Mitglieder und den Wandel der Arbeit in unseren Tarifverträgen abbilden.“ Die Arbeitswelt sei heute hochgradig differenziert. Die Arbeits- und Leistungsbedingungen am Band und in den Entwicklungsabteilungen unterschieden sich gravierend. „Wir brauchen einen neuen Aufbruch in unserer Arbeitszeit- und Leistungs politik“, sagte Huber. Es gelte, an Projekte wie „Humanisierung der Arbeit“ anzuknüpfen und „Gute Arbeit“ mit den „Antworten, die unserer Zeit entsprechen“, zu verwirklichen.

Forderungen an Unternehmen und Regierung

In einer EntschlieÙung fordert die IG Metall von den Unternehmen mehr Verantwortung für die soziale und ökologische Gestaltung des strukturellen Wandels. Im Fall von Umstrukturierungen und Produktionsverlagerungen müsse dem Aufbau wirtschaftlicher Aktivitäten und neuer Arbeitsplätze an den bisherigen Standorten Vorrang eingeräumt werden. Und ehe an Entlassungen gedacht werde, müsse es Beschäftigungssicherungsmaßnahmen geben wie Arbeitszeitverkürzungen, interne Qualifizierungen und die Bereitstellung neuer Arbeitsplätze.

Von der Bundesregierung fordert die IG Metall in einer EntschlieÙung, sich für die Beteiligung der Unternehmen an den gesellschaftlichen Folgekosten von Produktionsverlagerungen einzusetzen. Die Gewerkschaft schlägt eine Ausgleichsabgabe der Unternehmen vor, die für die überbetriebliche Beschäftigungsförderung eingesetzt werden soll.

Im Zuge des Globalisierungsprozesses plädieren die Metaller in erster Linie für Bekämpfung von Armut, Hunger und Ungleichheit. Die Industrieländer seien gefordert, ihre finanzielle Hilfe für die armen Länder zu

erhöhen. Dazu müssten sie ihre Entwicklungshilfe auf mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufstocken und den armen Ländern die Schulden erlassen.

Nach ihrem Gewerkschaftstag blickt die IG Metall optimistisch in die Zukunft. In seinem Schlusswort nannte der zweite Vorsitzende Wetzel zwei Herausforderungen, denen die IG Metall sich stellen wolle. Mit der Initiative „Leipziger Signal: Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ sollen Leiharbeit und Lohndumping eingedämmt werden, weil es keine Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse geben dürfe. Außerdem will die IG Metall eine neue Offensive zur Humanisierung der Arbeit starten. Es sei ein Skandal, so Wetzel, dass die Politik die Rente mit 67 beschließt und nichts dafür tut, dass die Menschen tatsächlich auch länger arbeiten können. Deshalb fordert die IG Metall das Gegenteil: Arbeitszeitverkürzung für Ältere und flexible, gleitende Übergänge aus dem Erwerbsleben in die Rente. In diese Richtung müsse es nach Auffassung des neuen stellvertretenden IG Metall-Chefs gehen.

Stahltag in Rheinhausen

Zwanzig Jahre nach dem großen Arbeitskampf bei Krupp in Rheinhausen organisieren die damaligen Streikführer Helmut Laakmann und Theo Steegmann eine Veranstaltung, bei der die „Stahlkocher“ sich wieder sehen können. Vom 26.11. bis zum 02.12. 2007 findet der „Stahltag in Rheinhausen“ statt. In zahlreichen Veranstaltungen und mit vielen Aktionen wird an den Kampf der Arbeiter für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze erinnert.

Zug der Erinnerung

Am 8. November startete der „Zug der Erinnerung“ in Frankfurt am Main zur Fahrt durch die Bundesrepublik. Der Zug, der von einer Dampflok gezogen wird und aus mehreren Ausstellungswagen besteht, verkehrt auf der Strecke der früheren Deportationen der Reichsbahn. Dort steuert er die Heimatstädte der über 12.000 Kinder an, die zwischen 1940 und 1944 in die Vernichtungslager verschleppt wurden.

An den früheren Deportationsorten bemühen sich Bürgervereine um Spurensuche nach den deportierten Kindern und Jugendlichen. Die Opfer stammen aus jüdischen Familien, aus Familien der Sinti und Roma, oder sie waren Kinder von Nazigegnern. Ihre Lebenszeugnisse, Fotos, Archivbelege und mündlichen Berichte wird der Zug am Ende der mehrmonatigen Reise zur Gedenkstätte Auschwitz bringen. Der Leidensweg der jugendlichen Opfer ist in der deutschen Öffentlichkeit bisher weitgehend unbeachtet geblieben. Massendeportationen von Kindern und Jugendlichen fanden auch in den vormals okkupierten Staaten statt. Daran erinnert die fahrende Ausstellung mit Biografien von Deportierten aus Norwegen, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Italien, Griechenland und Osteuropa. Es wird geschätzt, dass bis zu 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche nie mehr zurückkehrten.

An den Vorbereitungen der Fahrt durch sieben Bundesländer sind mehrere hundert Freiwillige beteiligt, die mit dem ungewöhnlichen Gedenken auch ein Zeichen gegen Rassenhass, Rechtsextremismus und nationalen Größenwahn setzen wollen. Die erheblichen Kosten der Kampagne, die mit einem bundesweiten Kinotrailer um das Interesse besonders von Jugendlichen wirbt, tragen die Bürgerinitiativen.

Um der deportierten Kinder zu gedenken und die Suche nach ihren Spuren vor Ort anzuregen, können Initiativgruppen, Organisationen und Netzwerke einzelner Interessierter weitere Informationen anfordern. <http://www.zug-der-erinnerung.eu/>

Soziale Demagogie von NPD und Neonazis

Die IG Metall hat die schnell vergriffene Broschüre des DGB über die Soziale Demagogie der Neofaschisten vom April dieses Jahres neu aufgelegt. Als „Kämpfer für Arbeitsplätze“ und „Vertreter der Verlierer“ unserer Gesellschaft präsentieren sie sich vielerorts. Im „Kampf um die Straße“ besetzen sie zunehmend sozialpolitische Themen und drängen sich immer häufiger in Demonstrationen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Bisweilen sind sie kaum von anderen TeilnehmerInnen zu unterscheiden.

Originalzitate der Neofaschisten, Gegenargumente aus gewerkschaftlicher Sicht, die Geschichte der Nazis, ihr Antiamerikanismus und Rassismus, nichts kommt zu kurz: Ihre Strategie im Kampf um Köpfe und Straße, die Wortergreifungsstrategien, praktische Tipps, was zu tun ist, um Faschisten zu enttarnen. Die Broschüre ist bei den Verwaltungsstellen der IG Metall und beim DGB kostenlos zu erhalten.

Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Positionen und Einstellungen bekämpfen!

Beschluss des ver.di-Bundeskongresses 2007 (Auszug):

„Mit großer Beunruhigung und Besorgnis konstatiert der ver.di-Bundeskongress die Zunahme rechtsextremer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Gewalttaten aber auch die Zunahme rechtsextremer und rechtspopulistischer Einstellungen bis in weite Kreise der Bevölkerung, der Parteien, Vereine, Gewerkschaften und auch der eigenen Organisation.“

In zunehmendem Maße sind rechtsextreme Parteien in Parlamenten vertreten; aber es gibt auch die Übernahme rechtsextremer und rechtspopulistischer Haltungen oder die kritiklose Übernahme reaktionärer Geschichtsbilder in demokratischen Parteien und Organisationen. Stellvertretend hierfür sei die Diskussion um die Integration hier lebender Menschen türkischer oder arabischer Herkunft und moslemischen Glaubens aufgezeigt.

Der ver.di-Bundeskongress ruft deshalb die ver.di-Mitglieder sowie die anderen DGB-Gewerkschaften und die Öffentlichkeit auf, verstärkt die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen zu suchen und in Diskussionen und in der Bildungsarbeit alle Chancen zu nutzen, um Menschen den Rücken zu stärken für die Zurückweisung von rassistischen, fremdenfeindlichen, antisemitischen, antidemokratischen und diskriminierenden Positionen und Parolen.“

Zwangsverrentung durch Agenda 2010

Franz Müntefering hat als Arbeits- und Sozialminister die Rente mit 67 durchgesetzt. Danach fuhr der Sozialdemokrat durch die Lande und behauptete, auch die Älteren würden noch gebraucht; deshalb sollten sie länger arbeiten. Original-Zitat Müntefering am 27.09.2007: „Diese Gesellschaft ist ver-rückt! Wenn wir diese Altersklasse zwischen 50, 55 und 65 nach Hause schicken nach dem Motto, altes Eisen, wir können euch nicht mehr gebrauchen. Völlig falsch!“ Aber viele Arbeitslose werden in Kürze zum „alten Eisen“ gehören. Sie werden vorzeitig per Zwangsverrentung vom Arbeitsmarkt entfernt.

Diese Zwangsverrentung droht älteren Arbeitnehmern ab dem 1.1.2008. Sie müssen bis zu 18prozentige Abschläge in Kauf nehmen. Betroffen sind ältere

Menschen, die den Job verlieren und Arbeitslosengeld (ALG) II beantragen müssen, weil sie die Vorbeschäftigungszeit von mindestens 12 Monaten in den letzten beiden Jahren nicht erfüllen. Betroffen sind aber auch gering verdienende Arbeitnehmer/innen und vor allem Mini-Jobber, die ergänzend ALG II beziehen.

Bisher schützt die so genannte „58er Regelung“ ALG-II-Bezieher davor, vorzeitig in eine Altersrente mit Abschlägen wechseln zu müssen. Diese Regelung ist jedoch befristet und läuft zum Jahresende 2007 aus. Dann schlägt zu Lasten älterer Arbeitnehmer/innen voll durch, dass das ALG II nur eine „nachrangige Fürsorgeleistung“ ist: Das fürs ALG II zuständige Amt kann stellvertretend für den ALG-II-Bezieher – und sogar gegen dessen Willen! – eine vorzei-

tige Rente mit Abschlägen beantragen.

Ottmar Schreiner (SPD) meint dazu: „Sie steht in völligem Widerspruch zu der Argumentation der Bundesregierung, die ja sagt aus demografischen Gründen, aus anderen Gründen brauchen wir die Älteren auch als Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt. Die Zwangsverrentung ist das glatte Gegenteil dessen, was die Bundesregierung ansonsten für richtig hält.“ Und Gustav Horn vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung meint: „Die Frühverrentungsmaßnahme führt dazu, dass der Staat letztendlich Geld spart. Zwar übernimmt die Rentenversicherung dann den Arbeitnehmer, aber nur mit den üblichen Abschlägen. ... Gleichzeitig sparen aber die Kommunen und Kreise, die Hartz IV auszahlen, das Geld, was sie sonst für diesen Arbeitslosen ausgeben müssten.“

Finanzkapitalismus

Unternehmen werden gekauft, Beschäftigte unter Druck gesetzt, die Gewinne hochgetrieben, dann folgt der Ausstieg mit Profit.

Die Abteilung Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand hat eine hervorragende Broschüre über den Finanzkapitalismus herausgegeben, über Immobilienspekulationen, Firmenjäger, Heuschrecken und die globale Geldschwemme. Eine Pflichtlektüre für jeden Gewerkschafter und jede Gewerkschafterin.

Die Broschüre ist kostenlos vor Ort bei den ver.di-Bezirken erhältlich oder per e-mail unter

<http://www.wirtschaftspolitik@verdi.de>

Steuergeschenke für Heuschrecken

Rund 5.900 Firmen mit knapp einer Million Beschäftigten werden in Deutschland inzwischen von Finanzinvestoren gesteuert. Und die Zahl wird weiter steigen, sagen Experten. Tatsache ist, dass die Bundesregierung die Heuschrecken mit üppigen Steuergeschenken fleißig füttert. So hat Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) einen Gesetzentwurf vorgelegt, der ausgerechnet diese Beteiligungsgesellschaften finanziell besser stellt. Danach müssen ausländische Fonds, die deutsche Firmen kaufen, rechtsverbindlich keine Steuern mehr zahlen. Offiziell will die Bundesregierung damit nur kleinen und jungen Unternehmen helfen, ausländisches Kapital zu beschaffen; es geht um Firmen, deren Eigenkapital kleiner als 20 Millionen Euro ist und die nicht älter als zehn Jahre sind.

Das hält der Steuerrechtsexperte Lorenz Jarass aber für ein milliardenschweres Steuergeschenk und eine Mogelpackung. „Damit würde der Kauf des Großteils der deutschen mittelständischen Firmen steuerlich privilegiert werden, aber nur, wenn sie von ausländischen Fonds aufgekauft werden. Diese Fonds werden dann für ihre Gewinne ganz steuerbefreit. Wenn das Unternehmen mehr als 20 Millionen Eigenkapital haben sollte, kann man durch Aufspaltung das Eigenkapital verteilen. Wenn das Unternehmen mehr als zehn Jahre alt sein sollte, kann man es neu gründen.“

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass durch die Profitgier der Heuschrecken in großem Umfang Arbeitsplätze abgebaut und die aufgekauften Unternehmen massiv verschuldet werden.

Solche Männer hat das Land

Da capo: Georg Schramm

Kein anderer Kabarettist lässt Spaß und Ernst vor den Augen der Zuschauer so verschwimmen wie er. Und niemand im deutschen Kabarett setzt so konsequent auf die emotionale Ausdruckskraft seiner Figuren und deren unfreiwillig schreckliche Komik. Georg Schramm, Jahrgang 1949, ist Autodidakt im besten Sinne des Wortes: keine Theaterausbildung, keine Meisterschule, keine Workshop-Belegung. Nach dem Abitur verpflichtete sich Schramm als Zeitsoldat bei der Bundeswehr. Aber bei der Heeresoffiziersschule fiel der Linkshänder und Kommunistenfreund wegen „charakterlicher Nichteignung“ durch. Er studierte Psychologie, beteiligte sich an Studentenprotesten und wurde Gewerkschafter. Die Gewerkschaft ÖTV bot ihm einen Geschäftsführerposten in Stuttgart an. Er schlug aus. „Ich bin dem Alkohol nicht abgeneigt. Das waren alles Alkoholiker“ (*Süddeutsche Zeitung* v. 8.1.04). Seit 1992 ist er hauptberuflich Kabarettist.

Schramm bietet politisches Kabarett. In seinen polemischen Texten kritisiert er häufig den Zeitgeist, indem er diesen mit den klassischen Bildungsidealen konfrontiert. Wo der Spaß aufhört und der Ernst beginnt – das bemerkt der Zuschauer nicht sogleich. Drei Figuren sind Schramms Stammpersonal: Der vom langen Militärdienst gezeichnete Oberstleutnant *Sanftleben*, der einarmige, etwas miesepetrig altepreußische Rentner und Altenheiminsasse *Lothar Dombrowski* und der mental in einer vergangenen Zeit lebende hessische Sozialdemokrat und Gewerkschafter *August*. Der schlaue *August* witzelte im *Scheibenwischer*: „Interessenverbände machen die Politik. Die ziehen die Fäden, an denen politische Hampelmänner hängen, die uns auf der Bühne der Berliner Puppenkiste Demokratie vorspielen dürfen. Diese Politfiguren dürfen dann in den öffentlich-rechtlichen Bedürfnisanstalten bei den Klofrauen Christiansen und Illner ihre Sprechblasen entleeren. Und wenn bei der intellektuellen Notdurft noch etwas nachtröpfelt, dann können sie sich bei Beckmann und Kerner an der emotionalen Pissrinne unter das Volk mischen.“

Georg Schramm wurde ab Januar 2007 vom ZDF für eine neue Kabarett-Reihe unter dem Titel „Neues aus der Anstalt“ engagiert. Einmal im Monat betreibt er zusammen mit seinem Kollegen Urban Priol politisches Kabarett aus der Sicht einer psychiatrischen Tagesklinik.

* * * *

Filmtipp

Von Löwen und Lämmern

Ein Antikriegsfilm von Robert Redford

Ein Senator will eine Journalistin von der Notwendigkeit einer geheimen militärischen Operation in Afghanistan überzeugen. Derweil mahnt ein Politikwissenschaftler einen Studenten, sich seine kritische, engagierte Haltung zu bewahren, während zwei weitere seiner Schüler, die sich freiwillig zur Armee meldeten, in Afghanistan zum Einsatz kommen und Opfer der fehlgeschlagenen Operation werden. Während die drei ineinander geschachtelten Episoden untereinander keine visuellen Bezüge aufweisen, ergeben sich durch die Dialoge des meisterhaften Drehbuchs ebenso spitzfindige wie spannungsvolle

Welt der Arbeit

Internet-Publikationen

Herausgeber und verantwortlich
für den Inhalt:
Franz Kersjes
Abendrothstr. 5, 50769 Köln
Telefon: 0171 – 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die *Welt der Arbeit* erscheint nach
Bedarf kostenlos online und auf
der Website
www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung
von Belegen erwünscht. – Beiträ-
ge von Gastautoren stellen nicht
in jedem Fall die Meinung des
Herausgebers dar.

Empfehlungen:
<http://www.nachdenkseiten.de>
<http://www.labournet.de>
<http://www.einblick.dgb.de>
<http://www.verdi.de>
<http://www.igmetall.de>
<http://www.wissentransfer.info>
<http://www.erwerbslose.de>
<http://www.attac.de>
Neue Rheinische Zeitung
<http://www.nrhz.de>

Institut für Bildung, Medien und Kunst

im Heinrich-Hansen-Haus
Teutoburger-Wald-Straße 105
32791 Lage-Hörste
Telefon: 0 52 32 / 9830
Mail: bst.imk@verdi.de
Infos: <http://www.imk.verdi.de>

Zusammenhänge. Eindrucksvoll
hinterfragt der Film, wie Politik
funktioniert, spiegelt Macht und
Ohnmacht der Presse und stellt
die Würde und Verantwortung
des Individuums heraus. -
Sehenswert! *Film-Dienst*

In den Hauptrollen:
Robert Redford, Meryl Streep,
Tom Cruise, Peter Berg, Derek
Luke, Andrew Garfield
Regie: Robert Redford
120 Minuten